

Am 13. Juli 2004 richtete der Präsident des Sicherheitsrats das folgende Schreiben an den Generalsekretär³⁵⁷:

"Ich beehre mich, Ihnen mitzuteilen, dass Ihr Schreiben vom 12. Juli 2004 betreffend Ihre Absicht, Herrn Juan Gabriel Valdés (Chile) zu Ihrem Sonderbeauftragten und Leiter der Stabilisierungsmission der Vereinten Nationen in Haiti zu ernennen³⁵⁸, den Mitgliedern des Sicherheitsrats zur Kenntnis gebracht worden ist. Sie nehmen von der in Ihrem Schreiben geäußerten Absicht Kenntnis."

GRENZÜBERSCHREITENDE FRAGEN IN WESTAFRIKA

Beschlüsse

Auf seiner 4933. Sitzung am 25. März 2004 beschloss der Sicherheitsrat, die Vertreter

bewältigung und der Stabilisierung in der Konfliktfolgezeit in der Subregion sein sollten.

Der Rat begrüßt die von der Afrikanischen Union und der Neuen Partnerschaft für die Entwicklung Afrikas festgelegten Grundsätze, die einen wichtigen Rahmen für eine derartige Beschlussfassung bilden. Er legt den Mitgliedstaaten der Wirtschaftsgemeinschaft der westafrikanischen Staaten nahe, ihre vollständige Einhaltung sicherzustellen. Infolgedessen fordert er die Wirtschaftsgemeinschaft der westafrikanischen Staaten nachdrücklich auf, mit dem System der Vereinten Nationen, den internationalen Finanzinstitutionen und den anderen beteiligten internationalen und regionalen Organisationen, einschließlich des neu geschaffenen Friedens- und Sicherheitsrats der Afrikanischen Union, sowie mit den interessierten Staaten eng zusammenzuarbeiten, um eine regionale Politik der Konfliktprävention zu formulieren, die die Empfehlungen der von den Vereinten Nationen und der Europäischen Union vor kurzem in die Region entsandten gemeinsamen Mission vollständig berücksichtigt.

Der Rat betont die wichtige Rolle des Sonderbeauftragten des Generalsekretärs für Westafrika, wenn es darum geht, die Koordinierung eines kohärenten Vorgehens der Vereinten Nationen gegenüber grenzüberschreitenden und transnationalen Problemen in der Subregion zu erleichtern.

Der Rat legt dem .5(e)-7.5((s)-1.8(.3(n)7(o(a)10io)-16.3(n2 (de)-50ä)1.3(7710.5(mu6(eRul4511.7(.55(e)-4
nuo
runorerjee8eo adae F(r)-8.2aoeet.

Ope e(,

r e r en211(024do eKedee ebd em211(p(n211(0)-07.1

die parallel zu den Demobilisierungs-, Entwaffnungs- und Wiedereingliederungsprogrammen durchgeführt werden sollen, und den konkreten Bedürfnissen von Kindern in bewaffneten Konflikten besondere Aufmerksamkeit zu widmen.

Der Rat erklärt erneut, wie wichtig es ist, dauerhafte Lösungen für das Problem der Flüchtlinge und Vertriebenen in der Subregion zu finden, und fordert die Staaten in der Region nachdrücklich auf, die Schaffung der notwendigen Voraussetzungen zu fördern, damit sie mit Unterstützung der zuständigen internationalen Organisationen und der Geberländer freiwillig und in Sicherheit zurückkehren können.

Der Rat vertritt die Auffassung, dass der illegale Waffenhandel eine Bedrohung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit in der Region darstellt. Er fordert daher die Mitgliedstaaten der Wirtschaftsgemeinschaft der westafrikanischen Staaten nachdrücklich auf, ihr am 31. Oktober 1998 in Abuja unterzeichnetes Moratorium für die Einfuhr, Ausfuhr und Herstellung leichter Waffen³⁶¹ vollständig durchzuführen. Er bittet sie außerdem, die Möglichkeit einer Verstärkung seiner Bestimmungen zu untersuchen.

Der Rat bittet die Mitgliedstaaten der Wirtschaftsgemeinschaft der westafrikanischen Staaten, alle erforderlichen Maßnahmen zu treffen, um den illegalen Handel mit Kleinwaffen und leichten Waffen in der Region besser zu bekämpfen, beispielsweise durch die Schaffung eines Regionalregisters für Kleinwaffen und leichte Waffen. Der Rat fordert die Geberländer auf, den Mitgliedstaaten bei der Durchführung dieser Maßnahmen behilflich zu sein.

Der Rat fordert alle Staaten, insbesondere die Staaten in der Re2 Talle0.4(.5(m(on)8.4(un)8.4(e die))TJ
heruht(l)5.7(l)5.7(e)-9.4(n)10.6(,)2(dasn)8.4(s)8.4((di)5.7(e

Maßnahmen zu treffen, um mit Unterstützung der internationalen Gemeinschaft wirksam gegen dieses Hindernis für die regionale Wirtschaftsintegration vorzugehen.

Der Rat fordert die Mitgliedstaaten der Wirtschaftsgemeinschaft der westafrikanischen Staaten auf, zusammenzuarbeiten, um sich auf ein kohärentes Konzept für das Problem der ausländischen Kombattanten zu einigen.

Der Rat fordert die Staaten der Mano-Fluss-Union auf, ihren Dialog wieder aufzunehmen und die Abhaltung eines Gipfeltreffens der Staatsefs und von Ministertreffen zu erwägen, um einen gemeinsamen Ansatz in Bezug auf gemeinsame Sicherheitsprobleme und auf vertrauensbildende Maßnahmen auszuarbeiten.